

Koalitionsausschuss am 12. April 2026 – Bewertung der Ergebnisse aus Sicht des Wirtschaftsrates

Energiesofortprogramm

Positiv

- Ausdrücklich positiv bewertet der Wirtschaftsrat die geplante Ausweitung des Energieangebots vor allem durch die Nutzung heimischer Energiequellen. In diesem Zusammenhang fordert der Wirtschaftsrat nochmals ausdrücklich, das gesetzliche Verbot unkonventioneller Erdgasfördermaßnahmen (Fracking) abzuschaffen.

Teils positiv, teils negativ

- Der Wirtschaftsrat begrüßt die Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern bei der Energiesteuer auf Benzin und Diesel. Die Befristung der Maßnahme sehen wir kritisch.
- Außerdem: Bei einer Absenkung auf das europarechtliche Minimum wäre eine Reduktion um rund 30 Cent pro Liter Benzin möglich gewesen. Daher bleibt die Maßnahme hinter den Erwartungen zurück.
- Die Sicherung des Wettbewerbs auf dem Tankstellenmarkt ist jede Mühe wert; hier sind kurzfristig Erfolge jedoch kaum zu erwarten.

Negativ

- Die Bundesregierung begrüßt Maßnahmen der EU gegenüber der Mineralölwirtschaft, die zur Gegenfinanzierung der steuerlichen Entlastungen dienen sollen. Dies öffnet den Weg in Richtung einer möglichen Übergewinnsteuer.

Stärkung der Automobilindustrie

Positiv

- Die Pläne der EU-Kommission, das Verbrennerverbot abzuschaffen, werden vom Wirtschaftsrat ausdrücklich begrüßt. Die Versuche des Kommissionsapparats, dieser Entlastung durch Verschärfungen an anderer Stelle ihre Wirkung zu nehmen, weist der Wirtschaftsrat scharf zurück und begrüßt ausdrücklich die entsprechenden Forderungen der Koalition an die Kommission.

Entlastung von Arbeitnehmern in Deutschland

Teils positiv, teils negativ:

- Entlastungen von Arbeitnehmern sind grundsätzlich positiv. Hierbei wird auf das zur Coronapandemie bereits genutzte Prinzip der steuerfreien Entlastungsprämie gesetzt. Mit der Entlastungsprämie wird jedoch ein erheblicher Teil der Verantwortung auf die Arbeitgeber verlagert, und das in einer konjunkturell ohnehin sehr schwierigen Phase.
- Die Ankündigung von Entlastungen der Arbeitnehmer in Deutschland bei der Einkommensteuer zum 1. Januar.2027 ist grundsätzlich positiv. Allerdings hätten dabei – anders, als im Einigungspapier vorgesehen – auch die besserverdienenden Leistungsträger berücksichtigt werden sollen, ebenso die Unternehmen im Rahmen einer Unternehmenssteuerreform.
- Die Gegenfinanzierung der steuerlichen Mindereinnahmen bei der Entlastungsprämie soll durch eine Erhöhung der Tabaksteuer erfolgen. Dies widerspricht der Zusage der Bundesregierung, keine Steuererhöhungen zu beschließen.

Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung

Positiv:

- Eine Gesundheitsreform mit dem Ziel der Beitragssatzstabilisierung ist überfällig. Genau hierzu bekennt sich der Koalitionsausschuss und kündigt den Abschluss des entsprechenden Gesetzgebungsverfahrens noch vor der Sommerpause an.